

Die Provisorische Volkskammer

der

Deutschen Demokratischen Republik

Am 1. September 1949, dem deutschen Friedenstag, bekannten sich Millionen von Männern, Frauen und Jugendlichen in allen Teilen Deutschlands durch gewaltige und eindrucksvolle Demonstrationen zum Frieden, zur Freundschaft der Völker, zur Einheit und Unabhängigkeit Deutschlands. Am Weltfriedenstag, dem 2. Oktober 1949, legte das deutsche Volk erneut ein leidenschaftliches Bekenntnis zur Erhaltung des Weltfriedens ab und forderte den Deutschen Volksrat auf, die inzwischen in Westdeutschland willkürlich vollzogene Schaffung eines Separatstaates nicht unbeantwortet zu lassen. In der Note der Sowjetregierung vom 1. Oktober 1949 an die Regierungen der USA, Englands und Frankreichs war der eindeutige Nachweis für das völkerrechtswidrige Vorgehen der drei Westmächte in Deutschland erbracht worden.

Nationaler Notstand

Angesichts dieser neuen Situation und des gesteigerten nationalen Notstandes stellte die deutsche Bevölkerung in den Betrieben, Städten und Dörfern mit aller Dringlichkeit an den Deutschen Volksrat die Forderung, die Bildung einer unabhängigen demokratischen deutschen Regierung in die Wege zu leiten. Der Deutsche Volksrat als das berufene oberste Organ des deutschen Volkes betrachtete es als seine

nationale Pflicht,

dem Willen der Millionen Rechnung zu tragen, und trat am Vormittag des 7. Oktober 1949 zu seiner 9. und damit letzten Tagung zusammen, in der er sich zur

Provisorischen Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik

umbildete.

Am Nachmittag des 7. Oktober 1949 trat die Provisorische Volkskammer zu ihrer konstituierenden Sitzung zusammen, in der der

Vorsitzende Wilhelm Pieck u. a. ausführte:

„Der nationale Notstand des deutschen Volkes, wie er durch die Zerreißung Deutschlands hervorgerufen wurde, verschärft sich infolge der Maßnahmen der westlichen Besatzungsmächte mit Unterstützung westdeutscher Politiker von Tag zu Tag und nimmt solche Formen an, daß das Leben und die Zukunft des deutschen Volkes bedroht sind und seine nationale Existenz in Frage gestellt ist.